

<p>STELLUNGNAHME zur Anfrage</p> <p>Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)</p> <p>vom: 05.02.2008 eingegangen: 05.02.2008</p>	<p>Gremium:</p> <p>Termin:</p> <p>Vorlage Nr.:</p> <p>TOP:</p> <p>Verantwortlich:</p>	<p>48. Plenarsitzung des Gemeinderates</p> <p>11.03.2008</p> <p>1314</p> <p>20 b</p> <p>öffentlich</p> <p>Dez. 4</p>
<p>Abschaffung der Gebühren für Kindergärten und Kindertageseinrichtungen: b) Einplanung der notwendigen Summe in den Doppelhaushalt 2009/10</p>		

Ist die Stadt Karlsruhe bereit, dem Beispiel Heilbronns zu folgen und im nächsten Doppelhaushalt die notwendige Summe für generell gebührenfreie Kindergärten und entsprechende Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe für die Jahre 2009 und 2010 einzustellen?

Seit dem 1. Januar 2008 ist in Heilbronn der Besuch eines Kindergartens oder einer Kindertagesstätte mit Ganztagesbetreuung für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt kostenfrei. Die Entgeltbefreiung umfasst die reine Betreuungsleistung in allen Kindertageseinrichtungen, unabhängig von der Art der Einrichtung (Kindergarten, Ganztageseinrichtung), dem Träger (städtisch, konfessionell, andere) und der Dauer der Öffnungszeiten. Sonderleistungen wie z. B. Essensversorgung oder pädagogische Zusatzangebote müssen weiterhin bezahlt werden.

Nach aktuellen Berechnungen würde das eine zusätzliche Belastung des Haushalts der Stadt Karlsruhe mit 10,7 Millionen Euro bedeuten.

Die Ressourcen der Stadtverwaltung Karlsruhe gehen derzeit allerdings in zwei andere Richtungen:

1. Ausbau der Kindertagesstättenplätze für Kinder unter 3 Jahren.
Hier sollen im Doppelhaushalt 2007/2008 337 neue Plätze geschaffen werden.
2. Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung wie
 - Einführung des Orientierungsplanes
 - Musikerziehung
 - Sprachförderung
 - Bewegungserziehung.

Für diese Bereiche sind voraussichtlich erhebliche zusätzliche Mittel erforderlich. Derzeit wird eine Organisationsuntersuchung in Auftrag gegeben, die sowohl Einsparpotenziale als auch Lösungen für die Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten aufzeigen soll. Dessen ungeachtet wird die Stadtverwaltung die Heilbronner Initiative beobachten, Erfahrungsberichte einholen und die zuständigen Gremien zu gegebener Zeit informieren.